Deutscher Bundestag **Drucksache 16/4056**

16. Wahlperiode 17. 01. 2007

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (19. Ausschuss)

zu dem Antrag der Abgeordneten Heike Hänsel, Ulla Lötzer, Dr. Diether Dehm, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE.
– Drucksache 16/3193 –

Für solidarische und entwicklungspolitisch kohärente Wirtschaftspartnerschaftsabkommen

A. Problem

Ausgestaltung der Wirtschaftspartnerschaftsabkommen zwischen der Europäischen Union und den AKP-Staaten.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

C. Alternativen

Annahme des Antrags.

D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

den Antrag auf Drucksache 16/3193 abzulehnen.

Berlin, den 17. Januar 2007

Der Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

Thilo Hoppe
Vorsitzender

Anette Hübinger
Berichterstatterin

Dr. Sascha Raabe
Berichterstatter

Hellmut Königshaus
Berichterstatter

Heike Hänsel
Berichterstatterin

Ute Koczy
Berichterstatterin

Bericht der Abgeordneten Anette Hübinger, Dr. Sascha Raabe, Hellmut Königshaus, Heike Hänsel und Ute Koczy

I. Zum Beratungsverfahren

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf **Drucksache 16/3193** in seiner 63. Sitzung am 9. November 2006 zur federführenden Beratung an den Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung und zur Mitberatung an den Ausschuss für Wirtschaft und Technologie und den Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union überwiesen.

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Technologie** hat den Antrag in seiner 24. Sitzung am 29. November 2006 beraten. Er empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Abwesenheit der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung des Antrags.

Der **Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union** hat den Antrag in seiner 23. Sitzung am 29. November 2006 beraten. Er empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. die Ablehnung des Antrags.

Der federführende **Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung** hat den Antrag in seiner 26. Sitzung am 29. November 2006 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN beschlossen, dem Deutschen Bundestag die Ablehnung des Antrags zu empfehlen.

II. Zum Inhalt der Beratungen

Die antragstellende **Fraktion DIE LINKE.** führte aus, der EU-Kommission müsse das Verhandlungsmandat für die Wirtschaftspartnerschaftsabkommen entzogen werden. Dies werde auch vom EU-Ausschuss des französischen Parlaments, von vielen Nichtregierungsorganisationen und von den Regierungen der AKP-Länder gefordert. Es gelte, ein neues Mandat auszuschreiben, das den Schwerpunkt auf die Entwicklungszusammenarbeit setze, da ansonsten drastische Nachteile für die AKP-Staaten zu befürchten sei. Es gehe nicht an, unter ungleichen Partnern über die zukünftige Organisation des Handels zu verhandeln. Dadurch werde kein Beitrag zur Entwicklung geleistet. Entscheidend sei, dass keine Freihandelsabkommen, sondern ernsthafte entwicklungspolitische Abkommen geschlossen würden.

Die **Fraktion der SPD** unterstrich, Ziel der Partnerschaftsabkommen müsse die Förderung einer nachhaltigen Entwicklung sein. Zu Recht werde kritisiert, dass aus historischen Gründen bestimmte Entwicklungsländer von den Partnerschaftsabkommen ausgeschlossen würden und eine besondere und differenzierte Behandlung der Entwicklungsländer nicht möglich sei. So würden auch wohlhabenderen AKP-Staaten Präferenzzugänge gewährt, während ärmere Länder, die nicht zu den ehemaligen Kolonien gehörten, höheren Zollbarrieren gegenüber stünden. Es komme darauf an, von den Präferenzsystemen zu einem zoll- und quotenfreien Zugang zu den europäischen Märkten zu gelangen, der allen Entwicklungsländern gleichermaßen gewährt werde.

Dem vorliegenden Antrag könne nicht zugestimmt werden, da er zu sehr vereinfache und zu einseitig sei. Dies gelte etwa hinsichtlich der Ausführungen über die Verhandlungsführung der EU-Kommission. Auch die Analyse der Präferenzsysteme komme zu kurz und der Status quo sei zu positiv dargestellt.

Die **Fraktion der FDP** teilte mit, sie stimme in diesen Kritikpunkten mit der Fraktion der SPD überein. Sie sei insbesondere in der Beurteilung der Möglichkeiten des Handels und der Marktöffnung für die Entwicklungsländer völlig anderer Meinung als die antragstellende Fraktion.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** führte aus, dass die allgemeine Zielrichtung des Antrags zwar richtig sei, er jedoch eine Reihe wenig überzeugender Punkte enthalte. Dies gelte etwa für die Forderung, der EU-Kommission das Verhandlungsmandat zu entziehen oder für die Forderung, Kompensations- und Anpassungskosten der Partnerländer nicht der staatlichen Entwicklungshilfe zuzurechnen. Aus diesen Gründen werde sie sich enthalten.

Die **Fraktion der CDU/CSU** legte dar, der Antrag greife zu kurz und wiederhole im Wesentlichen altbekannte, aber nicht richtige Argumente einiger Nichtregierungsorganisationen, die von den AKP-Staaten im Übrigen nicht geteilt würden. Die Bundesregierung habe zutreffenderweise immer wieder die Bedeutung des fairen Handels als wesentliches Element der partnerschaftlichen Beziehungen zu den Staaten der Dritten Welt betont. Die Bundesregierung werde während der deutschen EU-Ratspräsidentschaft ein besonderes Augenmerk auf die entwicklungspolitische Bedeutung der Wirtschaftspartnerschaftsabkommen legen.

Berlin, den 17. Januar 2007

Anette Hübinger Berichterstatterin	**Dr. Sascha Raabe** Berichterstatter	**Hellmut Königshaus** Berichterstatter
Heike Hänsel Berichterstatterin	**Ute Koczy** Berichterstatterin	



Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Amsterdamer Str. 192, 50735 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Telefax (02 21) 97 66 83 44
ISSN 0722-8333